

sich die Gefahr eines thermonuklearen Infernos. Die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa verstößt ernsthaft gegen den Geist der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, erschwert die Fortsetzung des in Helsinki erarbeiteten Kurses.

Auf der Beratung wurde unterstrichen, daß die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ergriffenen Gegenmaßnahmen notwendig und erzwungen sind. Ihr Ziel besteht ausschließlich darin, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu gewährleisten und das entstandene Kräftegleichgewicht zu erhalten, was unter den gegenwärtigen Bedingungen die Voraussetzung für den Frieden darstellt.

Der amerikanische Imperialismus, der die internationalen Spannungen anheizt, praktiziert eine Politik der rohen Gewalt und mischt sich in die inneren Angelegenheiten unabhängiger Staaten ein. Die Teilnehmer der Beratung bekundeten die Solidarität der Bruderparteien und -Völker mit dem sozialistischen Kuba, mit Nikaragua, mit dem gerechten Kampf der Völker Grenadas, El Salvadors und anderer Länder Mittelamerikas, mit dem Kampf der Völker Südafrikas um ihre Freiheit und Unabhängigkeit und verurteilten die aggressive Politik Washingtons und Tel Avivs im Nahen Osten. Es wurde auf die Gefahr für den Frieden in Asien und in der ganzen Welt aufmerksam gemacht, die von den wachsenden militärischen Anstrengungen der USA, Japans und Südkoreas unter Beihilfe anderer reaktionärer Kräfte ausgeht. Die Beratung erklärte ihre volle Unterstützung für die Anstrengungen Vietnams, Laos' und Kampuchreas, die Lage in Südostasien zu normalisieren und diese Region in eine Zone des Friedens, der Stabilität und der Zusammenarbeit zu verwandeln.

Die Vertreter der Bruderparteien unterstrichen die Unveränderlichkeit des prinzipiellen politischen Kurses, der von den führenden Repräsentanten der sozialistischen Länder in diesem Jahr in Prag und Moskau bekräftigt wurde. Sie vereinbarten, zusätzliche Maßnahmen zur Information der verschiedenen Kreise der Weltöffentlichkeit über die konkreten und weitreichenden Vorschläge der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten zu ergreifen. Diese sind darauf gerichtet, die Kernwaffen aus Europa zu entfernen und sie wie auch andere Waffenarten auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit radikal zu reduzieren, um die gefährliche Entwicklung umzukehren und die Entspannung zu sichern. In diesem Zusammenhang wurde die große Bedeutung der in den Erklärungen J. W. Andropows vom 28. September und 24. November 1983 enthaltenen Positionen und Vorschläge unterstrichen, die bei den Volksmassen lebhafteste Zustimmung gefunden haben. Auf der Beratung wurde unterstrichen, daß die sozialistischen Länder den festen politischen Willen haben und über alle Möglichkeiten verfügen, um das Untergraben ihrer Sicherheit nicht zuzulassen, die Interessen des Sozialismus zu verteidigen und den Kampf für einen gerechten und dauerhaften Frieden zu führen.